

Antrag der CDU/KBV-Fraktion in Ostprignitz-Ruppin

Keine Kürzungen bei Lehrerstellen – Bildung sichern!

Der Kreistag stellt fest:

Das Bildungssystem in Brandenburg steht nicht nur seit Jahren in Ländervergleichen schlecht da, sondern aktuell vor einer dramatischen Belastungsprobe. Schon heute ist ein erheblicher Unterrichtsausfall vielerorts trauriger Alltag. Im vergangenen Schuljahr wurden rund 1,6 Millionen Unterrichtsstunden vertreten, über 300 000 fielen ersatzlos aus. Für das erste Schulhalbjahr 2025/2026 verschärft sich die Lage absehbar: Mehr Schülerinnen und Schüler treffen auf weniger Lehrkräfte.

Der von der Landesregierung vorgelegte Haushaltsplan für das erste Schulhalbjahr 2025/2026 weist eine steigende Zahl von über 2 300 Schülerinnen und Schülern aus. Gleichzeitig sieht er jedoch 241 Planstellen für Lehrkräfte weniger vor als in den Vorjahren. Diese gegenläufigen Entwicklungen verschärfen die ohnehin angespannte Personalsituation an den Schulen weiter. Ohne zusätzliche Maßnahmen ist zu erwarten, dass der Unterrichtsausfall, gerade in den vielen ländlichen Regionen Brandenburgs, zunimmt und die Qualität schulischer Bildung weiter leidet. Auch bei den Themen Vertretungsreserve, Neigungsdifferenzierung, Anteil für den Ganztag, GL-Pool, Anrechnungsstunden für bestimmte Tätigkeiten (z. B. Berufsorientierung) oder Zusatzfinanzierung DAZ ist mit Einschnitten zu rechnen.

Der Kreistag sieht es als unabdingbar an, dass alle notwendigen Maßnahmen ergriffen werden müssen, um den Unterricht zu sichern und den Bildungsanspruch der Schülerinnen und Schüler in unserem Landkreis zu gewährleisten. Dazu gehören sowohl kurzfristig wirksame als auch strukturell nachhaltige Schritte. Eine verlässliche Unterrichtsabsicherung ist die zentrale Voraussetzung für erfolgreiche Bildung. Schülerinnen und Schüler haben einen Anspruch auf regelmäßigen, qualitätvollen Unterricht. Es ist Aufgabe des Landes, die notwendigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen und die vielen positiven Investitionsentscheidungen von Kreis und unseren Kommunen in die Bildungslandschaft in den letzten Jahren nicht zur Makulatur werden zu lassen.

Der Kreistag möge daher beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, zur Sicherstellung der Unterrichtsversorgung im Land Brandenburg und insbesondere in Ostprignitz-Ruppin für das erste Schulhalbjahr 2025/2026 unverzüglich alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den regulären Schulbetrieb abzusichern und die Bildungsqualität aufrechtzuerhalten. Eine Erhöhung der Pflichtstundenzahl für Lehrkräfte ist dabei kein vorrangiges Mittel zur Kompensation von Personalmangel, sondern kommt allenfalls als Ultima Ratio in Betracht - und wenn, dann auch dann nur befristet, freiwillig und mit klaren Kompensationsregelungen.

Durch die Erhöhung würde auch der „Wettbewerbsvorteil“ gegenüber Berlin entfal-

len, diese Maßnahme ist daher mit äußerster Vorsicht zu genießen.

Vorrang haben entlastende, personalgewinnende und strukturell tragfähige Maßnahmen wie zum Beispiel:

1. Mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, dass die bislang unbesetzten 220 Vollzeiteinheiten besetzt werden. Dafür sind die Einstellungsverfahren zu beschleunigen und die Personalgewinnung durch eine klare Priorisierung im Bildungsministerium zu koordinieren.
2. Es gilt unverzüglich eine landesweite, zielgerichtete und adressatengenaue Werbekampagne zur Personalgewinnung - insbesondere für ländliche Räume und naturwissenschaftlich-technische Fächer - zu starten.
3. Die Erstellung einer aktuellen der Lehrer- und Schülermodellrechnung muss umgehend erfolgen, um den tatsächlichen Personalbedarf an unseren Schulen präzise zu erfassen und die Bildungsressourcen zielgerichtet einzusetzen - damit es zu keinen Versorgungslücken und Unterrichtsausfällen kommt.
4. Die Lehrkräftegewinnung muss intensiviert werden. Dies betrifft sowohl die Ansprache potenzieller Rückkehrerinnen und Rückkehrer in den Schuldienst - etwa pensionierter Lehrkräfte -, als auch die gezielte Werbung für Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger in Mangelfächern. Berufserfahrene Fachkräfte sollen über ein unbürokratisches Seiteneinstiegsmodell und begleitende Qualifizierung in das System integriert werden.
5. In Fällen, in denen keine ausgebildeten Lehrkräfte gewonnen werden können, sind die Schulträger in die Lage zu versetzen, übergangsweise qualifizierte Assistenzkräfte, pädagogische Hilfen oder Vertretungspersonal einzusetzen. Voraussetzung hierfür ist, dass Schulen flexibel über ungenutzte Personalmittel verfügen können und durch ein landesseitiges Programm zur Unterrichtsvertretung gezielt unterstützt, werden.

Begründung:

Um den drohenden Unterrichtsausfall im ersten Schulhalbjahr 2025/2026 wirksam einzudämmen und die Bildungsqualität im Land Brandenburg zu sichern, sind kurzfristig zielgerichtete und koordinierte Maßnahmen erforderlich. Die Sicherstellung eines verlässlichen und durchgängigen Unterrichtsangebots muss in dieser Phase oberste bildungspolitische Priorität haben. Brandenburg braucht im kommenden Schulhalbjahr ein klares Signal: Bildung steht nicht zur Disposition. Es ist die Verantwortung der Landesregierung, jetzt alle verfügbaren Instrumente zu nutzen, um Unterrichtsausfall zu minimieren und Bildungschancen zu sichern.

Sebastian Steineke
Fraktionsvorsitzender